

Senioren fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen

KIEL Vor drei Monaten warnte der Hamburger Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar vor einer „Diktatur der Alten“. Mütterrente und Rente mit 63 – das seien Opfer der Politik auf dem Altar der Seniorenmacht. Doch die Senioren sehen das ganz anders und fühlen sich „unverstanden, um ihre Lebensleistung betrogen und über den Tisch gezogen“, wie Reiner Heyse vom Bündnis Seniorenaufstand feststellt. Der Neumünsteraner benennt mit deutlichen Worten die Zumutungen, die man seiner Generation abverlangt: „Massive Rentensenkung, Riesterbeschnitt, volle Pflegebeiträge und volle Besteuerung der Renten.“

In der Tradition des Matrosenaufstandes von 1918 will

Heyse gemeinsam mit mehreren Tausend Mitstreitern – darunter etliche IG Metall-Senioren – jetzt den Aufstand probieren. „Die Unverfrorenheit, mit der gut versorgte Politiker Begriffe wie Vertrauensschutz und Verantwortung auf den Müllhaufen der Geschichte schmeißen und sich dann verkrümmeln“, sei nicht länger hinnehmbar.

Den Protest der Senioren kann Werner Kalinka vom Arbeitnehmerflügel in der CDU Schleswig-Holstein gut nachvollziehen. „Es ist mehr als legitim, wenn sich die Rentnergeneration zu Wort meldet“, meint der Plöner Politiker. Die beschriebene Rentenkürzung sei schließlich Realität. „Es gibt schon heute viele Rentner, denen es nicht gut geht“, sagt Kalinka.

Vor allem ältere Frauen lebten vielfach in „sehr bescheidenen Verhältnissen“. Um eine Diskussion über das Rentenniveau komme man nicht herum, zumal die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander gehe.

Das befürchten auch die aufmüpfigen Senioren. „Von den vielen Millionen Men-

schen mit langjährig unterbrochenen Erwerbsbiografien, aus prekären Beschäftigungen, aus der Generation Praktikum und anderen niedrig bezahlten Jobs, ist erst eine relativ geringe Zahl in Rente gegangen, das Problem wird sich also noch verschärfen“, ist sich Heyse sicher. Und wenn die Leute

erst mal merkten, dass sie bei ihrer Betriebsrente nicht mehr rausbekommen als sie zuvor selbst eingezahlt haben, werde es ein böses Erwachen geben. Straubhaars Analyse, in Deutschland könne schon heute keine Politik mehr gegen die Interessen der Senioren gemacht werden, denn wer an deren Privilegien rüttelte werde bei Wahlen abgestraft – stimme zwar nicht. Aber das soll sich jetzt ändern. „Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“, heißt es auf der Internetseite www.seniorenaufstand.de.

Der Flensburger Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen warnt davor, das Protestpotenzial zu unterschätzen und die Lö-

sung des Problems auf die lange Bank zu schieben. „Ministerin Nahles muss liefern“, fordert Börnsen. Zwar stellt er nicht – wie SPD-Landeschef Ralf Stegner – die Rentenformel und damit die Absenkung des Rentenniveaus auf langfristig 43 Prozent des Nettolohns in Frage, doch die im Koalitionsvertrag zugesagte steuerliche Entlastung der Rentner müsse schnellstens in Angriff genommen werden, um die Einschnitte der vergangenen Jahre zu kompensieren. Die Einschnitte sind nämlich erheblich: Zwischen 2003 bis 2013 (elf Jahre) stiegen die Renten nur um 8,8 Prozent, die Preise um 19,3 und die Löhne um 18,95 Prozent. „In der Sache hat das Aktionsbündnis also recht“, so Börn-

sen. Auch er redet Klartext: „Die Angelegenheit ist so wichtig, dass die Reform aus den Händen der Versicherungsgesellschaften befreit und einem Rat der Weisen übertragen werden sollte.“ Die Versicherungen – das habe man bei der Riesterrente gesehen – handelten nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern kochten – „unterstützt von bezahlten Gutachtern aus den Universitäten“ – ihr eigenes Süppchen. Börnsen: „Die schmeißen ihre Propagandamaschine an und heraus kommen Lösungen, die für die Gesellschaft nicht gut sind. Hier laufen nach Ansicht des Politikers, der 26 Jahre im Bundestag saß, die Frontlinien – „und nicht zwischen Alt und Jung, wie Straubhaar behauptet“. *kim*

